

Verschwunden und doch präsent

Das Schicksal der belarussischen Oppositionellen Maria Kolesnikowa wird zum Politkrimi. Von Ulrich Krökel



Sie werde nicht weichen. Unter keinen Umständen. Immer wieder hatte Maria Kolesnikowa ihren Landsleuten versprochen, in Belarus zu bleiben und Diktator Alexander Lukaschenko die Stirn zu bieten. Nun hat die prominente Oppositionsaktivistin, die am Montag von maskierten Männern in Minsk verschleppt worden war, ihren Worten offenbar Taten folgen lassen. Als belarussische Spezialkräfte in der Nacht versuchten, Kolesnikowa mit Gewalt zum Gang ins ukrainische Exil zu zwingen, habe die 38-Jährige kurzerhand ihren Pass zerrissen. Ukrainische Grenzbeamte hätten daraufhin den „Versuch einer Deportation“ gestoppt.

So zumindest schilderte den Vorgang die Regierung in Kiew. Der stellvertretende Innenminister Anton Geraschtschenko berichtete von Versuchen, gleich mehrere zentrale Figuren der belarussischen Opposition „mit Gewalt aus ihrem Heimatland zu vertreiben“. Dabei seien Kolesnikowas Sprecher Anton Rodnenkow und ihr Vertrauter Iwan Krawzow gegen ihren Willen in die Ukraine abgeschoben worden. „Kolesnikowa konnte nicht ausgewiesen werden, weil diese tapfere Frau Gegenmaßnahmen ergriffen hat“, erklärte Geraschtschenko. Indirekt ließ sich daraus schließen, dass das Trio am Montag von belarussischen Spezialkräften entführt worden war, um den Gang ins Exil zu erzwingen.

Die Behörden in Minsk präsentierten dagegen eine andere Version. Demnach hätten Kolesnikowa, Krawzow und Rodnenkow in der Nacht versucht, mit einem BMW die Grenzanlagen zur Ukraine zu durchbrechen. „Dabei bedrohten sie das Leben von Soldaten“, erklärte ein Sprecher des belarussischen Grenzschutzes. Rodnenkow und Krawzow sei die illegale Ausreise gelungen. Kolesnikowa dagegen sei aus dem Auto geschleudert und festgenommen worden.

Im Koordinierungsrat der belarussischen Opposition hält man das für schlicht erfunden: „Diese Verlautbarungen glaube ich nicht eine Sekunde“, erklärte Maxim Znak, Anwalt und Mitstreiter von Maria Kolesnikowa. „Dabei bedrohten sie das Leben von Soldaten“, erklärte ein Sprecher des belarussischen Grenzschutzes. Rodnenkow und Krawzow sei die illegale Ausreise gelungen. Kolesnikowa dagegen sei aus dem Auto geschleudert und festgenommen worden.

desstrafe vollstreckt wird. „Mein Land und mein Volk brauchen Hilfe“, sagte Tichanowskaja und forderte stärkeren internationalen Druck auf „dieses Individuum, das verzweifelt an der Macht festhält“.

Der so angesprochene Lukaschenko ließ am Dienstag mit widersprüchlichen Aussagen aufhorchen. In einem Gespräch mit russischen Journalisten schloss er erstmals eine Neuwahl nicht mehr aus. Wörtlich sagte der 66-Jährige: „Vielleicht bin ich schon etwas zu lange Präsident.“ Allerdings forderte er zunächst eine Verfassungsreform. Oppositionsvertreter werteten das als Versuch, Zeit zu gewinnen und den Protest wieder unter Kontrolle zu bekommen. Zugleich wiederholte Lukaschenko frühere Aussagen, er sei bereit, Belarus mit der Waffe in der Hand zu verteidigen und dafür auch zu sterben.

Internationale Beobachter zweifeln nicht daran, dass der seit 26 Jahre autoritär regierende Präsident über die Mittel verfügt, um die anhaltenden Straßenproteste zu beenden. Dies gilt umso mehr, als der russische Präsident Wladimir Putin dem Langzeitherrscher militärische Hilfe zugesagt hat. Ob Lukaschenko die Demokratiebewegung allerdings auf Dauer unterdrücken kann, ist fraglich. Aufschluss über die Zukunft des autoritären Machthabers dürfte eine angekündigte, aber noch nicht terminierte Reise Lukaschenkos zu Putin nach Moskau geben.

Eine politische Musikerin

Weggefährten aus Stuttgart beschreiben Maria Kolesnikowa als empathisch und sozial engagiert. Von Christian Gottschalk

Maria Kolesnikowa hat viel gelacht. Vor ziemlich genau einem Monat, genau am 12. August, hat unsere Zeitung mit der Frau telefoniert, die zu dem Zeitpunkt eines der Gesichter der belarussischen Opposition war. „Ich spreche mit Fehlern, bitte korrigieren Sie die“, sagte Maria Kolesnikowa damals, begleitet von einem hellen, charmanten Lachen. In Wirklichkeit spricht sie Deutsch nahezu fehlerfrei.

In vier Wochen danach ist die Musikerin, die zuvor zwölf Jahre lang in Stuttgart gewirkt hat, von einem der Gesichter zum führenden Gesicht der Oppositionsbewegung gereift. „Ich habe keine Angst“, hat Maria Kolesnikowa gesagt. „Alles kein Problem.“ Dem Gespräch mit unserer Zeitung folgten Dutzende Interviews mit Medien aus aller Welt.

Nun bangen viele um das Schicksal der Frau mit dem blonden Kurzhaarschnitt. In Stuttgart, wo Maria Kolesnikowa Flöte studiert und als Musikerin gewirkt hat, sind die Gedanken besonders intensiv. Der Verein Stuttgarter Kollektiv für aktuelle Musik denkt darüber nach, mit Auftritten das Anliegen von Mascha zu unterstützen. „Unter diesem Namen haben wir sie gekannt“, sagt Nikola Lutz, die Vorsitzende des Vereins. Man sei sich lange nicht bewusst gewesen, welche Brisanz das Thema gewinne, sagt Lutz, selbst eine preisgekrönte Saxophonistin mit Lehrauftrag. „Bis März war Mascha eine ganz normale Musikerin und Kollegin.“ Viele Künstler seien „politisch sehr interessiert und glauben an die Kunst als Methode gesellschaftlicher Entwicklung“, sagt Lutz. Vielleicht, so die Vermutung, habe Mascha über einen Methodenwechsel nachgedacht.



Auch am vergangenen Wochenende gab es Demonstrationen in Minsk. Fotos: dpa

Aktuell ist jedoch die inhaftierte Kolesnikowa Lukaschenkos größtes Problem. Die Frau mit den kurzen platinblonden Haaren war schon vor ihrem Verschwinden am Montag das bekannteste Gesicht der Opposition. Die Herzen ihrer Landsleute flogen ihr zu, wenn sie tanzend und singend vor schwer bewaffneten Polizisten demonstrierte oder ihnen lachend Blumen zusteckte. Dazu passte die Geste, die im Wahlkampf zu ihrem Markenzeichen geworden ist: Kolesnikowa formt, wann immer sie auftritt, mit den Fingern ein Herz. In Haft könnte die 38-Jährige

„Maria war sozial sehr engagiert, mit einem speziellen Zugang zu Fragen der Demokratie“, sagt Vitrenko. Ihr „politischer Outcome“ sei vielleicht so erklärbar. Dabei kommen Maria Kolesnikowa Eigenschaften zugute, die Angelika Lutz beobachtet hat: „Eine unglaubliche Offenheit, die Fähigkeit, auf Menschen zuzugehen, ganz viel Empathie und ein extrem positives Denken“, so die Professorin an der Stuttgarter Musikhochschule. Lutz hat die junge Frau aus Belarus als Studentin kennengelernt und danach „nie aus den Augen verloren“. Dass Maria Kolesnikowa ihre Hände auf der Bühne zu einem Herz formt, sei jedenfalls ein passendes Symbol, sagt Lutz. Wie sie ihr Spezialwissen über moderne Musik nach Belarus gebracht habe, sei beeindruckend gewesen, ebenso ihre Organisation von Veranstaltungen allein über die sozialen Medien.

Der Konzert und Musikveranstalter „Musik der Jahrhunderte“ forderte von Kanzlerin Angela Merkel, sich für Kolesnikowa einzusetzen. Ein offene Brief trägt die Unterschriften zahlreicher Kulturschaffender. Victor Schoner, Leiter der Staatsoper Stuttgart ist ebenso dabei wie Jochen Sanding, Intendant der Schlossfestspiele Ludwigsburg.

nun zur Märtyrerin werden, eine Art „weiblicher Nelson Mandela“, wie man öfters hört. Kommt sie dagegen wieder auf freien Fuß, dürfte sie erst recht zur Anführerin der Opposition aufsteigen.

Dass sie die Fähigkeiten, die Energie und den Willen dazu hat, ließ sie in der vergangenen Woche erkennen, als sie die Gründung einer eigenen Partei mit dem Namen Wmestje bekannt gab. Nur im Miteinander, so die Übersetzung, könne man Lukaschenko besiegen. Ursprünglich hatte sie als Wahlkampfmanagerin für Wiktor Babariko gearbeitet, der Lukaschenko herausfordern wollte. Als der Ex-Banker inhaftiert wurde, schloss sie sich Tichanowskaja an. Nach deren Flucht aber war es die Musikerin selbst, die den Takt der Opposition vorgab.

Über welch organisatorisches Talent Kolesnikowa verfügt, hat sie nicht zuletzt in Stuttgart gezeigt, wo sie zwölf Jahre lang lebte, konzertierte und als Kulturmanagerin arbeitete. Und von der Unbeugsamkeit seiner Tochter berichtete am Dienstag Kolesnikowas Vater. „Sie hat zu mir gesagt: Papa, ich bleibe in Belarus. Was auch immer passiert.“

Sie wollte über ihre Kunst auch politische Themen der Öffentlichkeit nahebringen

„Mein Land und mein Volk brauchen Hilfe.“

Swetlana Tichanowskaja, exilierte Politikerin der Opposition

Johnson spielt mit dem Feuer

Die Aushebelung des Austrittsvertrags würde Großbritannien international zum Paria machen. Von Sebastian Borger

Lässt uns den Brexit durchziehen“, lautete Boris Johnsons Slogan im vergangenen Jahr. Dem britischen Wahlvolk versprach der Premierminister, er habe eine „ofenfertige“ Vereinbarung mit Brüssel, alles werde gut. Neun Monate danach entpuppen sich die schönen Worte als ebenso falsch wie einst die Kolumnen des Journalisten Johnson. In Wirklichkeit steuert die sechstgrößte Volkswirtschaft der Welt zum Jahresende auf einen kompletten Bruch mit dem größten Binnenmarkt der Welt zu.

Denn die Regierung will nicht nur ohne Handelsvertrag mit der EU ins neue Jahr gehen. Ein neues Gesetz soll auch den erst vor Jahresfrist mit Brüssel abgeschlossenen und im Winter vom Parlament ratifizierten Austrittsvertrag untergraben. Dieser sieht eine Speziallösung für Nordirland vor, um die offene Grenze zur Republik Irland offen zu halten und damit den Frieden in der einstigen Bürgerkriegsregion zu wahren. Der Lateiner Johnson sollte eigentlich den altrömischen Grundsatz „Pacta sunt servanda“ kennen: Verträge sind einzuhalten. Er liegt dem Völkerrecht zugrunde, für dessen Verbreitung das Vereinigte Königreich früher viel beitrug. Wenn London jetzt Zweifel an seiner Vertragstreue aufkommen lässt, zerstört es die Basis künftiger Zusammenarbeit.

Überfällig

Das Wohnungseigentumsrecht wird modernisiert – das kann die Konjunktur beleben. Von Thorsten Knuf

Mehr als zwei Jahre lang haben Länder, Bundesregierung und Parlament an einer Novelle des Wohnungseigentumsrechts gewerkelt. Jetzt haben die Koalitionsfraktionen im Bundestag die letzten Streitpunkte aus dem Weg geräumt. Das Gesetz soll nun rasch beschlossen werden und möglichst bereits zum 1. November in Kraft treten.

Die Reform ist überfällig. Denn in seiner gegenwärtigen Fassung ist das Gesetz eine Innovations- und Investitionsbremse. Man kann das deutlich machen am Beispiel eines Wohnungseigentümers, der sich ein Elektroauto zulegen möchte: Will er am Mehrfamilienhaus eine Ladesäule installieren lassen, braucht er dafür einen einstimmigen Beschluss der Eigentümerversammlung. Nun erhält der Eigentümer einen Anspruch auf den Einbau – sofern er selbst die Kosten trägt. Das gilt auch bei Vorhaben wie altersgerechten Umbauten oder dem Verlegen von Glasfaserleitungen. Auch die Sanierung und Modernisierung von ganzen Mehrfamilienhäusern wird künftig einfacher, weil der Gesetzgeber die Hürden senkt. Das ist enorm wichtig, auch mit Blick auf den Klimaschutz. Die Reform als Ganze wird wie ein kleines Konjunkturprogramm wirken. Kosten für die öffentliche Hand: null Euro.

Unten Rechts

Mehr Wumms!

Die Mehrwertsteuersparnis muss neu gedacht werden. Von Matthias Ring

Gut zwei Monate nach Senkung der Mehrwertsteuer hat sich der von Olaf Scholz versprochene Wumms noch nicht wirklich eingestellt. Warum? Weil die Leute nicht richtig in die Zukunft investieren! Perspektivisch gedacht würde sich jetzt die Anschaffung eines Ferienhäuschens im Ruhrgebiet, eines Luxuswohnmobils mit ausfahrbarer Terrasse oder einer Hochseejacht mit Hubschrauberlandeplatz besonders lohnen. Aber warum in die Ferne schweifen? Beim Kauf einer neuen S-Klasse zum Einstiegspreis ab 90 000 Euro etwa spart man bei drei Prozent weniger Mehrwertsteuer satte 2700 Euro. Und tut nebenbei noch Gutes, indem man die Not leidende Automobilindustrie unterstützt.

Wer kleinere Brötchen backen muss, der zahlt beim Bäcker für die Brezel statt 80 Cent nun 78 Cent. Bei täglich einer Brezel sind das im Jahr immerhin 730 Euro Spareffekt. Wenn man nun jeden Tag diese zwei Cent zurücklegt, dann hat man in ungefähr 12329 Jahren 90 000 Euro beisammen, so dass sich eigentlich jeder eine S-Klasse leisten könnte. Deswegen unsere Bitte an die Herren Minister: mit dem Mehrwert dieser Glasse rechnen und die Steuersenkung wenigstens ein bisschen über 2020 hinaus verlängern.